

## Europas Stärke wächst

### Auftrieb für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Bonn (DPA/AP). Die Bundesregierung wird alles daran setzen, um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu verwirklichen. Der Bundeskanzler hat in Gesprächen mit Koalitionsvertretern betont, es gebe keine Alternativ-Lösung zur EVG. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch Frankreich, Italien und Belgien in Kürze das Vertragswerk ratifizieren, so daß dem Zustandekommen der EVG durchaus optimistisch entgegengesehen werden könne.

Für die Notwendigkeit, die EVG zu verwirklichen, werden in Bonn folgende vier Punkte

als ausschlaggebend betrachtet:

1. Die EVG ist an Stelle einer Nationalarmee die beste Lösung, um einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu ermöglichen.

2. Die EVG trägt wesentlich dazu bei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu verbessern.

3. Die EVG verhindert Eingriffe gegen dritte Staaten, da sie auf einem System der kollektiven Sicherheit und des gegenseitigen Einvernehmens aufgebaut ist.

4. Die EVG enthält wichtige Elemente eines Sicherheitssystems, dem auch andere Staaten, insbesondere die Sowjet-

union, angeschlossen werden können.

Einem umfassenden Sicherheitssystem in Europa wird in Bonn erhebliche Bedeutung beigemessen.

Dazu wird betont, daß die EVG-Politik die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gefährdet, sondern im Gegenteil fördern kann. Die Wiedervereinigung sei nach wie vor das vornehmste Ziel der Bundesregierung. Ein Sicherheitssystem, das auch die Sowjetunion befriedige, werde eines Tages dazu führen, daß die Starre der Fronten nachlasse und damit einem geeinten Deutschland den Weg bahnen, ohne daß die Freiheit dieses neuen Gesamtdeutschland gefährdet sei.

Ohne offiziellen Charakter zu haben, dürften gegenwärtig Pläne für eine Erweiterung des EVG-Systems ausgearbeitet werden. Sie sollen sowohl dem europäischen wie dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen.

In einem Interview gab Dr. Adenauer der Überzeugung Ausdruck, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft noch in diesem Jahr Wirklichkeit werden wird.

### Ziel: Die Wiedervereinigung

Bonn (Eigenmeldung). Vor dem Bundesparteivorstand der CDU/CSU kündigte Dr. Adenauer an, daß die neue Regierung in den nächsten vier Jahren der Sozialpolitik besonderes Gewicht beimessen werde. Außenpolitisch werde der bisherige Kurs fortgesetzt in der Gewißheit, daß er der einzige sei, der zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führt.

## Deutschland ist ein Partner

### Jakob Kaiser an die Bevölkerung der Zone

Berlin (Eigenbericht). In einer Rede über den RIAS, die sich vor allem an die Bevölkerung der Sowjetzone richtete, betonte Bundesminister Jakob Kaiser, nach der Wahl sei die Bundesregierung mehr denn je legitimiert, für das ganze Volk zu sprechen, nicht nur für fünfzig Millionen, sondern für siebzig Millionen Deutsche.

Es werde über kurz oder lang zu Verhandlungen über Deutschland kommen. Darauf würden Bundesregierung und Bundestag jetzt noch entschiedener hinwirken als zuvor. „Der Augenblick ist da, wo praktische deutsche Vorschläge über Mittel und Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit in den Hauptstädten der Welt ernsthaft erwogen werden.“

Durch den 6. September habe unser Volk mehr denn je dazu beigetragen, die Schatten des

Mißtrauens gegenüber Deutschland zu verschleichen. „Wir dürfen deshalb hoffen, daß nunmehr Lösungen der deutschen Frage erwogen werden, die nicht auf Mißtrauen, sondern auf Vertrauen zu Deutschland gegründet sind.“

Die Grundprinzipien der deutschen Wiedervereinigungspolitik hätten sich in voller Klarheit herauskristallisiert. Es gehe um unsere Einheit in Freiheit, um Sicherheit für uns, ohne dadurch Unsicherheit für andere zu schaffen. In dieser Richtung müsse in den nächsten Wochen und Monaten konkret gedacht und gehandelt werden.

An dem Mitspracherecht Deutschlands könne dabei nicht mehr gerüttelt werden. Deutschland werde der fünfte Partner bei der kommenden Viererkonferenz sein, die dann eine Übereinstimmung dieser fünf Mächte zum Ziel haben müsse.

## Macht und Maß

WG. Die Bundeswahlen vom 6. September haben mit ihren überraschenden Ziffern der Welt ein politisches Bild Deutschlands enthüllt, das weder den lauten Prognosen noch den geheimen Befürchtungen entsprach. Es war vielmehr, wie auch draußen fast allgemein anerkannt werden mußte, beruhigend gut. Hierzu hat es in der freien Welt sehr positive Wertungen und Erklärungen gegeben, wie z. B. die des französischen Ministerpräsidenten Laniel, die wir — gerade weil sie aus Frankreich kam — ihres gerechten und aufgeschlossenen Sinnes wegen mit Genugtuung zur Kenntnis nahmen. In der Tat: Keine Kommunisten, keine Nationalsozialisten im neuen Bundestag, ein sehr starker Schwerpunkt der Regierungspolitik, eine starke SPD als ihr oppositionelles Gegengewicht, kaum eine Splitterpartei, also gewissermaßen ein Zwei-Parteien-System aus dem Instinkt der Wähler: das ist nicht nur ein politisches Bekenntnis, sondern auch eine politische Reinigung. Das alles erscheint auch dem ausländischen Betrachter als sehr vernünftig.

### Die Seelenforscher

Nun aber melden sich die Seelenforscher der Politik, die Amateure der Tiefenpsychologie, denen „die“ Deutschen verdächtig sind, auch wenn sie das Geschenk einer sehr klaren politischen Entscheidung auf den Tisch der internationalen Politik legen. Wenn nämlich die Deutschen einmal — trotz vielfältiger „Umerziehung“ — eine politische Entscheidung treffen, die im allgemeinen auch das Ausland als vernünftig anerkennt, dann müssen mindestens die Überlegungen und vernünftig gewesen sein, die sie dazu veranlaßt haben. So hat man also hier und da entdeckt, daß das Wahlergebnis das Produkt eines neuen „Führerkultes“ und Ausdruck der unausrottbaren deutschen Neigung zu einer „Führer-Persönlichkeit“ sei. Wir brauchen derart billige Deutungen nicht mehr zurück-

zuweisen: das haben bereits angesehen ausländische Zeitungen getan. . . .

### Der Wirklichkeit anpassen

Während die Tiefenpsychologen noch die Seele des deutschen Wählers durchleuchten und erforschen, wendet sich die SPD, die allen Anlaß hätte, über den 6. September sehr gründlich nachzudenken, mit ihren Sorgen bereits der Zukunft zu. Sie befürchtet, daß die kommende Bundesregierung „einen verstärkten autoritären Kurs“ steuern werde. Diese sozialdemokratische Sorge um Konrad Adenauer ist nicht neu, aber aus Gründen schauspielerischer Wirkung erfährt sie nun eine neue Steigerung. Es empfiehlt sich deshalb, sie etwas besser der politischen, der moralischen und der verfassungsrechtlichen Wirklichkeit anzupassen.

Die Führung und Gestaltung der Außenpolitik sowie der Politik überhaupt ist Sache der Regierung, die Kontrolle dieser Politik und ihre gesetzgeberische Fundierung ist Sache des Parlaments. Das sind zwei wesentlich verschiedene Aufgaben, die den ganzen Unterschied zwischen persönlicher und kollektiver Handlungsmöglichkeit betreffen. Deshalb steht in dem Grundgesetz die Bestimmung, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Das Parlament wählt ihn, kontrolliert ihn und — ersetzt ihn durch einen anderen, wenn ihm die Politik des Bundeskanzlers nicht gefällt.

### Wirkliche Autorität

Aus dieser Bestimmung geht bereits hervor, daß dem Bundeskanzler durch die Verfassung selbst eine wirkliche Autorität gegeben ist. Sie ist um so wirksamer, je mehr sie von einer Persönlichkeit getragen wird, die dieser Autorität auch gewachsen ist. Das trifft im besonderen Maße auf Konrad Adenauer zu. Wenn er eine unbestreitbare Autorität genießt, dann bedeutet das aber noch lange nicht, daß er in jenem bedenklichen Sinne „autoritär“ regiert. Das wäre erst dann möglich, wenn sich das ganze Parlament unter Verzicht auf seine

eigene Geltung zu einer formlosen Masse degradieren würde. Zu einem „autoritären“ Regiment gehören also immer zwei: eine autokratische Regierung, die es betreibt, und ein Parlament, das sich das bieten läßt. Wir glauben, daß weder das eine noch das andere der Fall sein wird. Männliche Kritik und sogar männlicher Widerspruch sind nämlich wichtigste Mittel einer echten Meinungsbildung, auch in den hohen Regionen der Regierungsführung; sie sind notwendig vor allem zur Beratung dessen, der die Richtlinien der Politik bestimmt. Wenn dazu Mut gehören sollte, dann würden wir uns über ihn ebenso freuen, wie über die Autorität, die das neue Bundeskabinett unter Führung Konrad Adenauers in Deutschland und in der freien Welt genießt. Mancher demokratische Staat nämlich — wir haben das selbst erlebt — ist daran zugrunde gegangen, daß ihm die Autorität einer sicheren, stabilen und aus persönlicher Leistung schöpfenden Führung fehlte.

### Politisches Gewicht

Das politische Gewicht Deutschlands hat sich mit den Wahlen des 6. September zweifellos in der Welt erhöht. Diese Feststellung ist indessen viel mehr im Ausland gemacht worden als in Deutschland selbst. Es ist nicht eine deutsche, sondern eine englische Zeitung, nämlich der „Economist“, der soeben den Bundeskanzler den „mächtigsten Staatsmann des Kontinents“ nannte. Konrad Adenauer ist ein viel zu guter Rechner, um nicht zu wissen, daß — politisch = moralisch und nicht materiell gedacht — einiges an dieser kühnen Wertung wahr ist. Es wird aber nicht die ihm zugemutete Macht, sondern das Maß sein, das in allen Zweigen der Politik, in der Außenpolitik vor allem, seine Regierung lenkt. Er selbst jedenfalls hat sich zwischen Macht und Maßeise zur staatsmännischen Tugend bekannt, und es hängt sehr viel für Deutschland davon ab, daß er ihr treu bleibt. Diese Erwartung ist in das Vertrauen eingeschlossen, das ihm die deutschen Wähler in einem so überraschend großen Maße ausgesprochen haben.

## Nicht mehr immun

Bonn (DPA). Die ehemaligen kommunistischen Bundestagsabgeordneten, gegen die in der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages mehr als 40 Strafverfahren beantragt worden sind, besitzen keine Immunität mehr. Die beim Geschäftsordnungsausschuß des Bundestages liegenden Akten werden über das Bundesjustizministerium den Staatsanwältschaften zurückgegeben.

Die Strafanträge beziehen sich in den meisten Fällen auf Beleidigung und Verleumdung des Bundeskanzlers und Staatsgefährdung.

## Erfolgreicher Suchdienst

Berlin (Eigenmeldung). Auf ein fünfjähriges Bestehen kann der RIAS-Suchdienst, der mit dem Deutschen Roten Kreuz eng zusammenarbeitet, jetzt zurückblicken. 931 Sendungen brachten während dieser Zeit 40 000 Suchanzeigen. 4475mal fanden sie ein Echo und führten zur Feststellung Deutscher im In- und Ausland, die von ihren Angehörigen gesucht wurden.

Aus Feststellungen hat sich ergeben, daß der RIAS-Suchdienst überraschend deutlich in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, besonders in Pommern, Schlesien, Danzig, Ostpreußen, dem ehemaligen Sudetenland und sogar in Litauen gehört werden kann. So konnte eine bisher unbekannte Gruppe von Deutschen in Litauen durch den RIAS-Suchdienst angesprochen und in die Betreuung durch das DRK einbezogen werden.

## 306 000 Wohnungen

Bonn (DPA). Für 306 000 Wohnungen sind seit Beginn dieses Jahres im Bundesgebiet Baugenehmigungen erteilt worden. Im Juli und August hat sich nach einem Bericht des Bundeswohnungsbauministeriums die Bautätigkeit noch über das um die Jahresmitte erreichte Niveau herausgehoben. Die Planungen und Genehmigungen neuer Wohnbauvorhaben erreichten im Juli einen Stand, der außer im Juni 1950 in keinem Monat seit Bestehen der Bundesrepublik verzeichnet werden konnte.

## „Rekord-Brecher“ Leipzig

Nachdem man schon vor Beginn und im Verlaufe der Leipziger Messe in Superlativen geschwelgt hatte, ist es beinahe selbstverständlich, daß nun auch über das Ergebnis sehr große und leider nicht nachprüfbare Zahlen bekanntgegeben werden. Wieder spricht man dabei von Rubel und tut so, als ob dieser die anerkannte Währung bei den Geschäften gewesen wäre. Die DM Ost, der gegenüber doch die DM West noch bis vor kurzem eine „Schwindelwährung“ war, wird peinlichst vermieden. Rekordausstellerzahl, Rekordbesuch und Rekordumsätze!

Aber betrachten wir die offiziellen Zahlen zunächst etwas genauer. Von den 8196 Ausstellern entfielen 621, das sind 7,6 v. H., auf Westdeutschland, 578, das sind rund 7 v. H., kamen aus dem Ostblock, mit der Sowjetunion und China an der Spitze. Die Zahl der Aussteller der westlichen Welt beschränkte sich auf 478, d. h. 5,7 v. H. Die Zahl der Besucher wird mit 538 000 angegeben. Davon kamen aber 524 680 einschließlich 200 000 Betriebsdelegierte aus der Sowjetzone, das sind nicht weniger als 97,5 v. H. Die 8245 Besucher aus Westdeutschland und Westberlin haben an der Gesamtbesucherzahl einen Anteil von 1,5 v. H., und die 5075 Besucher aus 51 Ländern machen noch nicht 1 v. H. aus. Von

einem hervorragenden internationalen Ereignis läßt sich also wohl kaum sprechen. Übrigens zeigt der Vergleich zwischen Aussteller und Besucher aus dem Westen, daß der Verkaufsdrang stärker war als der Kaufbegehrt.

Nun also die Abschlüsse: Während die anderen deutschen Messen mit der Veröffentlichung von Zahlen unmittelbar nach der Messe aus wohlwogenden Gründen sehr vorsichtig geworden sind, kann die Leipziger Messeleitung schon bei Schluß der Messe beinahe auf Heller und Pfennig oder vielmehr auf Rubel und Kopeken über einen verdoppelten Umsatz von 1023 Mill. Rubel berichten. Sie läßt aber nichts darüber verlauten, ob es sich dabei nun um sofort zu realisierende Verträge oder etwa um Vorverträge im Rahmen künftiger Handelsvereinbarungen handelt, und ferner auch nicht darüber, auf welche Waren sich die Geschäfte beziehen. Von den Exportverträgen von angeblich 797 Mill. Rubel betreffen 468 Mill., das sind rund 70 v. H., die — wie es propagandistisch heißt — „Länder des demokratischen Weltmarktes“, das heißt also den Osten. Man hat allerdings bisher oft genug feststellen müssen, daß Verträge zwischen diesen Ländern mangels Lieferfähigkeit nicht zur Ausführung kamen.

## Die neue Phase

Schon in den vergangenen vier Jahren trug die CDU als Regierungspartei ein gutes Stück der Verantwortung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Aufbaujahre. Nachdem sie jetzt mit einem noch größeren Gewicht als bisher die politische Linie bestimmen kann, wird das Hamburger Programm der CDU auch auf diesem Gebiet für das kommende Regierungsprogramm die Grundlage sein.

Unmißverständlich haben etwa zwei Drittel der Wähler die soziale Marktwirtschaft bejaht; denn die Opposition hat gerade die wirtschaftlichen und sozialen Prinzipien in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt, so daß die Wahlentscheidung mit gutem Gewissen so gedeut

et werden darf. Das Soziale in der Marktwirtschaft ist keine schöne Verzierung, sondern eine ernste Verpflichtung. Aus dem Hamburger Programm geht klar hervor, daß mit den bisher verwirklichten Zielen zunächst nur eine Aufbauperiode abgeschlossen wurde, in der es viel Schutt auszuräumen galt. Viele sehr berechtigte Wünsche mußten zurückgestellt werden; ihnen wird jetzt die zweite Phase der Aufbauarbeit gewidmet sein.

Eine weitere, stetige Erhöhung des Lebensstandards bleibt das selbstverständliche Ziel. Die in Aussicht gestellte Steuerreform soll „das Steuersystem vereinfachen, überhöhte Steuersätze abbauen und insbesondere die unteren Einkommen entlasten.“

# Das Ausland würdigt Adenauers Wahlerfolg

## Ein Gewinn für Europa — Mahnungen an Frankreich

Berlin (Eigenbericht, AP/DPA). Als Ereignis von Bedeutung für ganz Europa ist der Wahlerfolg Dr. Adenauers in der Weltpresse gewürdigt worden. Einigen besorgten Stimmen, die meinten, hier zeige sich möglicherweise ein deutsches Streben nach einer „Führerpersönlichkeit“, stehen sehr sachliche und verständige Aufsätze großer Blätter gegenüber.

So schreiben die Londoner „Times“: „Eine große Zahl von Menschen, die 1949 der Republik feindlich gesinnt waren oder ihr gleichgültig gegenüberstanden haben, nahm sich diesmal die Mühe zu wählen. Die meisten dieser Menschen und die meisten der jungen Wähler gaben ihre Stimme der Partei Dr. Adenauers, die die Republik unterstützt und auf ordentliche demokratische Weise regiert. Sie verweigerten ihre Stimme den Kommunisten wie den Nachfolgeparteien des Nazismus. Die große demokratische Oppositionspartei, die SPD, gewann eine Million Stimmen, wurde aber durch die weit größeren Gewinne der Regierungspartei geschlagen. Die beiden zusammen haben mehr als vier Fünftel der Sitze im neuen Bundestag. . . . Welches andere Resultat wäre beruhigender gewesen? In der Tat scheinen die Wähler Westdeutschlands die Lehre der Weimarer Republik begriffen zu haben!“

Die Baseler „National-Zeitung“ schreibt:

„Dabei ist diese außen- wie innenpolitische Autoritätsstärkung des Bundeskanzlers ohne irgendwelche besonderen Künste der Massensuggestion zustande gekommen. Zu einem ‚Kult‘ eignet sich die eher spröde und reservierte Persönlichkeit des Kanzlers wirklich nicht. Die Wirkung lag nicht in irgendeinem Persönlichkeitszauber, sondern darin, daß sein nüchterner, wenn auch behutsamer Kurs sich auf außerordentliche praktische Erfolge berufen kann.“

Von vielen Blättern wird auch die Frage der Rückwirkungen auf Frankreich erörtert. Dabei ist zu bemerken, daß die französische Presse im allgemeinen

den großen Sieg Adenauers begrüßt. Allerdings werden auch gewisse Besorgnisse in Paris geäußert. „L'Aurore“ z. B. meint:

„Es ist höchste Zeit, daß sich Frankreich wieder fängt, sonst werden wir wie vergräme Zuschauer zusehen, wie Europa ohne uns entsteht, von Deutschland beherrscht.“

Diese französischen Besorgnisse greift auch der „Manchester Guardian“ auf, fügt aber einen guten Rat für Frankreich hinzu:

„Westdeutschland wird zur dominierenden Nation Westeuropas, wirtschaftlich klettert

die Bundesrepublik auf ein hohes Niveau der Prosperität, und jetzt kann sie auch politisch eine sichere und wirksame Regierung vorweisen. Natürlich werden sich die Franzosen Sorgen machen. Aber ihre Reaktion sollte darin bestehen, ihre eigenen Schwierigkeiten zu meistern.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt ganz im Sinne dieses englischen Rates:

„Die Überlegungen, die man in diesem Zusammenhang anstellt, kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, Frankreich werde, wenn es international nicht völlig in den Hintergrund geraten wolle, mit dem Zögern, das in der letzten Zeit seine Außenpolitik kennzeichnete, brechen und unzweideutig Partei für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sowie für den Aufbau des ‚Kleinen Europa‘ ergreifen müssen.“

## Von Bukarest ins Gefängnis

Teheran (AP). Die persische Polizei hat im Hafen von Bender Pahlevi 91 kommunistische Delegierte verhaftet, die von den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Bukarest zurückkehrten. Sie wurden verhaftet, als sie von dem sowjetischen Dampfer „Turkmenistan“ an Land gingen, der sie von Baku aus über das Kaspische Meer nach Bender Pahlevi brachte. Bei einer Anzahl der Delegierten wurden wichtige Dokumente beschlagnahmt.

## Um Asyl gebeten

Soeul (AP). Die amerikanischen Streitkräfte in Südkorea haben dem 28jährigen polnischen Mitglied der neutralen Waffenstillstandsüberwachungskommission, Jan Hajdukiewicz, politisches Asyl gewährt.

Er gehörte der polnischen Delegation als ziviler Dolmetscher an und wartete mit den anderen Mitgliedern der Kommission auf dem amerikanischen Flugplatz Kangnung an der Ostküste Südkoreas auf das Flugzeug,

das sie nach einer Inspektion in Südkorea wieder nach Nordkorea zurückbringen sollte. Als sich Hajdukiewicz unbeobachtet fühlte, rannte er zu dem amerikanischen Major Moran, der der Inspektionsgruppe zugeeilt war, und bat ihn mit den Worten: „Es ist meine letzte Chance“ um politisches Asyl.

## Ultimatum an CSR

Washington (AP). Die Gouverneure der Weltbank haben beschlossen, die Mitgliedschaft der Tschechoslowakei vom Ende des Jahres an zu suspendieren, wenn sie bis dahin nicht ihren restlichen Kapitalanteil in Höhe von 625 000 Dollar einzahlte. Der Suspendierung kann nach einem Jahr der Ausschluß folgen, wenn bis dahin die Verpflichtungen nicht erfüllt sind.

Die Tschechoslowakei, die als einziger Ostblockstaat in der Weltbank verblieben ist, hat die Bezahlung ihres Anteils von der Rückgabe der während des Krieges von Deutschland beschlagnahmten Goldreserven abhängig gemacht.

# Die falschen Propheten der SED

## Wahlkampf — Parolen als Bumerang — Eine Lüge nach der anderen

Sechs Wochen lang hat die Agitationsabteilung des SED-Zentralkomitees mit schwersten Geschützen die Bundestagswahlen zu beeinflussen gesucht. In Presse und Rundfunk hat sie sich bemüht, den Menschen ein politisches Bild zu vermitteln, das am 6. September zwangsläufig lächerlich wurde. Hat die SED ihre Wahlpropaganda nun tatsächlich ohne Rücksicht auf das zu erwartende Ergebnis betrieben oder hat man sich in Pankow ernstlich über den Ausgang der Wahlen gefäuscht? Und — welche Auswirkungen hat diese falsche Prognosestellung für das innenpolitische und innerparteiliche Prestige der sowjetzonalen Staatspartei?

Um den vollen Umfang des kommunistischen Agitationsdilemmas zu erfassen, muß man sich die Fülle falscher Prognosen und gefährlicher Prophezeiungen vergegenwärtigen, mit denen die SED seit nunmehr anderthalb Jahren Parteigenossen und Bevölkerung überschüttet hat. Das eigentliche Dilemma begann, als das Zentralkomitee im April 1952 vor Unterzeichnung der Deutschland-Verträge die Parole ausgab: „An der Aktionseinheit der Arbeiterklasse scheitert der Generalvertrag!“ Die kommunistische Aktionseinheit konnte nicht verwirklicht werden, weil dafür in Westdeutschland durchaus kein Bedürfnis danach bestand.

Der damalige SED-Agitationschef Axen drohte noch drei Tage vor der Unterzeichnung: „Generalvertrag — das ist der Krieg!“ Als die Verträge unterzeichnet waren, hatte Axen Mühe, die in der SED entstandene Panik einzudämmen. Die Folge war eine banale Demonstration der Macht mit dem propagandistischen Untertitel: „Unterzeichnet doch, was ihr wollt, Wir sind ja viel stärker!“ Und dieselben Zeitungen, die tags zuvor geschrieben hatten: „EVG-Vertrag = Krieg!“ erklärten jetzt: „Verträge stehen nur auf dem Papier, die Kräfte des Friedens entscheiden!“

Im Juli 1952 verkündete Ulbricht den „Sozialismus“ für die 16 Millionen Einwohner der sowjetdeutschen Republik. Und sowohl Ulbricht als die Publikationsorgane der SED verkündeten pausenlos: „Unser Sozialismus bedeutet keine Spaltung Deutschlands, sondern einen Schritt zur Einheit. Die Durchführung des Sozialismus wird gerade die Massen Westdeutschlands am Beispiel unseres stei-

genden Wohlstands überzeugen, daß dieser Weg der richtige ist!“ Sechs Monate später konnte man in der Sowjetzone nicht einmal eine Kinderwindel kaufen, der Lebensstandard sank unter den von 1947 ab.

### Mit und ohne Büßerhemd

Weitere fünf Monate danach trat derselbe Ulbricht im Büßerhemd vor das empörte Volk und erklärte: „Die Politik der Partei war falsch. Die Forcierung des Sozialismus drohte Deutschland endgültig zu spalten und drückte den Lebensstandard zurück!“ Nach dem 17. Juni heißt es nun wieder: „Die Politik der Partei war immer richtig, nur das Tempo war falsch!“ Und: „Es ist Zeit, das Büßerhemd abzulegen!“ Knapp acht Wochen, nachdem man Ulbricht in jenem Hemd gesehen hat!

Zum 17. Juni hieß es: „Nur fünf Prozent der Arbeiterschaft haben gestreikt! Die Partei hat eiserne Disziplin gewahrt und ist stärker als je zuvor!“ Heute kann man täglich im „Neuen Deutschland“ lesen, wieviel SED-Funktionäre wegen dieser „eisernen Disziplin“ als „Defaitisten und Faschisten“ zu entfernen sind, wieviel Betriebsbelegschaften geschlossen im Streik gestanden haben und daß die SED ihren gesamten Parteiapparat überholen muß.

Und der „Neue Kurs“, der schlagartig einsetzende Wohlstand, die großmütige Hilfe der Sowjetunion? Ganz allmählich wie ein Rundfunkhörer bei einem Kommentar von Karl-Eduard von Schnitzler einzuschlafen beginnt, schläft auch der „Neue Kurs“ in den Schlagzeilen kommunistischer Zeitungen wieder ein.

Wer so agitiert wie die SED und mit ihr die KPD, wer selbst

die wenigen, die zu glauben bereit sind, so hunderbärmlich belügt, was kann der von einer Wahl der freien Atmosphäre noch für sich erwarten?

Die SED hat gewußt, daß die Bundestagswahl für sie eine entscheidende Niederlage wird. Wenn sie auch nur einen Funken Hoffnung hatte, so den, daß KP-Chef Reimann in Remscheid durchkommen und damit wenigstens ein bescheidenes Plätzchen im Bundestag behalten wird. Nicht einmal das gelang und selbst die kommunistischen Tarnorganisationen fielen vollkommen unter den Tisch der Bereinigung einer politischen Situation. Und die SED, die wiederum bis einen Tag vor der Wahl erklärte: „Wer Adenauer wählt, wählt den Krieg!“ meint nun, nicht jeder, der die CDU gewählt habe, sei für den Krieg.

### Unsicherheit und Defaitismus

Die ersten Kommentare der SED-Presse besagen, daß sich ob der vielen falschen Prognosen und der gefährlichen Prophezeiungen „Unsicherheit und Defaitismus“ in die Partei geschlichen haben. Sie hat alle Hände voll zu tun, um zu beruhigen und zu besänftigen: „Es wird ja alles gar nicht so schlimm!“ Nur, wer selbst von den überzeugtesten Genossen der SED nimmt die wechselnden Drohungen und Versprechungen des Zentralkomitees überhaupt noch ernst? Das ganze Agitations-Theater der SED ist endgültig lächerlich geworden. In Moskau beginnt man unterdessen vermutlich viel ernster das neue Kräfteverhältnis in das politische Gesamtspiel einzukalkulieren.

### Wechsel im Krenl

Moskau (AP/DPA). Zum zweitwichtigsten Mann der Sowjetunion nach Ministerpräsident Malenkov ist am Sonnabend Nikita Chruschtschew avanciert. Chruschtschew, bisher Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, wurde zum ersten Sekretär des Zentralkomitees und damit zum alleinigen Führer des gesamten Parteiapparates gewählt.

## „Ich habe die Nase voll“

Mainzer KP-Funktionär floh aus dem Paradies

Berlin (DPA). „Ich habe die Nase voll“, unterstrich der Mainzer KPD-Funktionär Wilhelm Monjé dieser Tage in Westberlin drastisch seinen politischen Heilungsprozeß, der ihn nach fünfwöchigem Aufenthalt in der Sowjetzone und Ostberlin zum Gegner des kommunistischen Regimes werden ließ.

Monjé, der sich mit dem Aufbau von KP-Betriebsgruppen in den Mainzer Firmen „Jenaer Glaswerke“ und „Dykerhoff und Widmann“ kommunistische Meriten erworben hatte, war im Juli von der Sowjetzonen-Einheitengewerkschaft FDGB schriftlich eingeladen worden, als „westdeutscher Patriot“ seinen Urlaub in der „Deutschen Demokratischen Republik“ zu verbringen. Dieser Erholungsaufenthalt endete mit einer Spitzelverpflichtung Monjés für den Sowjetzonen - Staatssicherheitsdienst. Dieser Auftrag habe ihm vollends die Augen geöffnet, sagte der KPD-Funktionär jetzt in Westberlin, nachdem er Hals

über Kopf aus dem Sowjetsektor geflohen war.

Nachdem er mehrere Angebote, ständig in der Sowjetzone zu bleiben, abgelehnt hatte, sei er am 12. August nach Berlin gefahren, um im Sowjetsektor in der Stalinallee zu arbeiten und dort die Verhältnisse der Ostberliner Arbeiter kennenzulernen. „Die Menschen in Westdeutschland können sich von der Normenschilderei in der Sowjetzone keine Vorstellung machen“, erklärte Monjé, nachdem er als

Maurer in den nach sowjetischen Methoden organisierten Arbeitsprozeß eingespannt war.

Am 27. August sei er zu einem Volkspolizeirevier bestellt worden, wo ihn zwei Beamte des Staatssicherheitsdienstes aufforderten, „für unsere Regierung zu arbeiten“, und Bauarbeiter auf der Stalinallee zu beobachten.

Monjé will demnächst nach Mainz zurückkehren, aus der KPD austreten und in offenen Aussprachen mit seinen ehemaligen Genossen die „Segnungen“ der Sowjetzone „ins rechte Licht setzen“.

## Jetzt Zivilprozesse gegen Bauern

Glatter Rechtsbruch — Soll als Liefervertrag

Berlin (Eigenbericht). Trotz der Propaganda-Aktion zur vorfristigen Erfüllung des Ablieferungssolls, der Verteilung von Prämien für früheren Abschluß der Drescharbeiten an die Bauern und anderer Vergünstigungen bleibt der Erfolg hinter den Erwartungen weit zurück. Die Bauern können auch in diesem Jahr in vielen Gegenden der

Sowjetzone den ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen, weil die Ernte-Erträge nicht ausreichen.

Die Justitiare der Bezirke erhielten jetzt von dem Leiter der Rechtsstelle beim Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf, Dr. Frank, neue Anweisungen über die Behandlung der Bauern, die ihr Soll — verschuldet oder unverschuldet — nicht erfüllen können.

Man will nach dem neuen Kurs zwar keine Strafverfahren gegen Bauern durchführen, sie statt dessen aber „zivilrechtlich zur Verantwortung ziehen“.

Das wird damit begründet, daß der den Bauern übergebene Ablieferungsbescheid als Liefervertrag zwischen den staatlichen Erfassungsstellen und dem Erzeuger zu gelten habe und der Bauer deshalb wegen „Nichteinhaltung des Liefervertrages“ von den Zivilkammern der Kreisgerichte zu Schadensersatz zu verurteilen sei.

Von mehreren Seiten ist gegen diese neue Rechtsbeugung bereits protestiert worden. Da der Ablieferungsbescheid eine vom Staat verfügte Auflage an den Bauern ist, kann er niemals mit einem Liefervertrag gleichgestellt, sondern muß als Verwaltungsakt bezeichnet werden. Denn Lieferverträge werden auf freiwilliger Basis abgeschlossen. Schon deshalb könnten nach rechtsstaatlichen Grundsätzen keine Bauern zivilrechtlich belangt und zu Schadensersatz verurteilt werden.

## Neue Reparationsaufträge

Berlin (Eigenmeldung). Die volkseigenen Werften in Rostock und Warnemünde erhielten drei Tage nach Verkündung des sowjetischen Verzichts auf Reparationslieferungen ab 1. 1. 1954 drei Aufträge auf Lieferung von größeren Neubauten für die Sowjetunion. Alle diese Aufträge laufen noch über Reparationskonto, obwohl sie zum Teil erst 1955 fertiggestellt sein dürften.

Teilen der Sowjetzone eine neue Verhaftungswelle gegen Arbeiter und Angestellte eingesetzt,

## Wieder alter Kurs

Berlin (Eigenmeldung). Das Sowjetzonen-Ministerium für Volksbildung verschickt gegenwärtig Empfehlungen in Form eines Rundschreibens an alle Oberschulen der Zone, aus denen hervorgeht, daß die Auswahl der zuzulassenden Schüler in Zukunft wieder strenger nach „gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten gehandhabt werden müsse“.

## Freie Wahlen!

Berlin (Eigenmeldung). In mehreren sowjetischen Aktiengesellschaften in der Sowjetzone kam es, wie jetzt bekannt wird, am Montag und Dienstag dieser Woche im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen zu Zwischenfällen.

In Diskussionen verlangten die Belegschaftsmitglieder erneut freie Wahlen und verwiesen dabei auf die Bundesrepublik. Es kam teilweise zu tätlichen Auseinandersetzungen

Nach Berichten von Sowjetzonen-Flüchtlings hat in allen

## Elb-Brücke bis 1954?

Berlin (Eigenmeldung). Der Wiederaufbau der Autobahnbrücke über die Elbe bei Magdeburg soll bis Oktober 1954 beendet sein, verlautet aus unterrichteten östlichen Kreisen. Bisher sind für den Wiederaufbau 2,5 Millionen Ostmark verwendet worden.

## Besorgte Eltern



„Was hat er bloß, er wird immer kleiner!“

## Praktische Dialektik

Wenn ein Kommunist den Mund auftut, ist es mit der Logik vorbei. Dann packt er die Dialektik aus und kommt zu Folgerungen, die genau das Gegenteil von dem sind, was man vernünftigerweise hätte erwarten können. Was klar schien, wird völlig unklar. Was selbstverständlich schien, ist plötzlich unmöglich. Das erlebt der westliche Betrachter vom kleinsten Gespräch bis hinauf zu den großen politischen Reaktionen Moskaus. Er wird nervös, er „dreht durch“ — bis er merkt: Sie denken ganz anders als wir — eben dialektisch.

Wie die Dialektik in der Praxis funktioniert, hat der ehemalige Regierungschef von Estland, Dr. Mäe, in einer entzückenden kleinen Geschichte festgehalten:

„Es kommen Kolchosbauern zum Pfarrer und fragen ihn:

„Genosse Pfarrer, was ist Dialektik?“

Der Pfarrer sagt: „Liebe Genossen, ich kann euch dies nicht so einfach erklären, ich erzähle euch ein Beispiel. Es kommen zwei Genossen, der eine ist rein, und der andere ist schmutzig. Ich biete ihnen ein Bad an. Wer von ihnen wird wohl das Bad annehmen?“

„Der Schmutzige“, sagen die Bauern.

„Nein, der Reine“, versetzt der Pfarrer, „denn der Reine ist gewöhnt zu baden, der Schmutzige legt keinen Wert auf ein Bad. Wer von ihnen wird also das Bad annehmen?“

„Der Reine“, sagen die Bauern.

„Nein, der Schmutzige, denn er bedarf eines Bades“, sagt der Pfarrer. „Also, wer nimmt das Bad an?“

„Der Schmutzige!“ rufen die Bauern.

## Nur flüstern . . .

## Schwierige Behandlung

Otto trifft seinen alten Freund Emil in Ostberlin auf der Straße. Emil ist auffallend bedrückt. Fragt Otto besorgt: „Was ist denn mit dir los, alter Freund? Ich habe gedacht, ihr Zahnärzte bohrt immer nur auf Gold.“

„Ja, das war einmal, aber von meiner neuen Stelle kann ich kaum mehr leben.“

„Deine neue Stelle? Davon weiß ich ja noch nichts.“

Da schüttet Emil sein Herz aus: „Ich bin doch zum Amtszahnarzt der Volkskammer ernannt worden und habe seitdem noch nicht einen Patienten gehabt.“

„Nanu! Auch Parlamentsmitglieder müssen doch schließlich einmal Zahnweh haben“, möchte Otto trösten.

Aber Emil winkt müde ab: „Sicher, aber vor den Volkskammerabgeordneten wagt doch keiner, den Mund aufzumachen.“

## Belehrung

Ein SED-Funktionär geht mit seinem Sohn in Ost-Berlin spazieren. Nicht zum Spaß natürlich, sondern zur Schulung. Sie kommen an der Linden-Universität vorbei.

„Was ist das für ein Gebäude, Vater?“

„Das weiß ich nicht, mein Sohn.“

Dann zeigt der Junge auf die Staatsoper: „Was ist denn das?“

„Weiß ich nicht, mein Sohn.“

So geht es noch ein paar Mal. Fragt der Sohn seinen Vater schließlich ein wenig schüchtern: „Vater, ärgert es dich, wenn ich so viele Fragen stelle?“

Da wirft sich der SED-Funktionär in die Brust: „Im Gegenteil! Wie willst du sonst etwas lernen, mein Sohn!“

„Nein, beide!“ sagt der Pfarrer, „der Reine ist gewöhnt zu baden, und der Schmutzige bedarf des Bades. Also wer nimmt das Bad an?“

„Beide!“ sagen die Bauern verdutzt.

„Nein, keiner von beiden“, sagt der Pfarrer, „denn der Schmutzige ist nicht gewöhnt, zu baden, und der Reine bedarf keines Bades!“

„Ja, aber Genosse Pfarrer“, begehren die Bauern auf, „wie sollen wir dies verstehen? Jedesmal sagst du etwas anderes und jedesmal nur dies, was gerade in deinen Kram hineinpaßt!“

„Dies ist eben Dialektik!“ sagt lächelnd der Pfarrer.“

# Die Freie Universität im 10. Semester

## Verjüngte Studentenschaft — Eine Statistik

Es ist üblich, von Statistiken zu sagen, daß sie langweilig seien. Aber daß eine Statistik auch manchmal sehr interessant sein kann, beweist eine Zusammenstellung, die die Freie Universität unter dem Titel „Unsere Universität im 10. Semester“ der Öffentlichkeit vorlegt. Vor allem ist aus dieser Zusammenstellung zu ersehen, daß die Freie Universität, die vor fünf Jahren aus dem Aufstand von Professoren und Studenten gegen Zwang und Unterdrückung der Meinungsfreiheit entstanden ist, sich mittlerweile weitgehend konsolidiert hat.

Der Lehrkörper, der zu Beginn der Arbeit der Universität nicht mehr als 112 ordentliche und außerordentliche Professoren sowie Dozenten und Lehrbeauftragte umfaßte, ist auf 283 Universitätslehrer angewachsen. Die Zahl der Fakultäten ist weitgehend vervollkommenet, so daß bis auf Theologie an der Freien Universität in allen Lehrfächern studiert werden kann. Die Zahl der Studenten schwankt schon seit etwa drei Semestern nur wenig um die Grenze von 6000 Immatrikulierten.

Nicht ohne Sorge beobachtet die Universität seit einiger Zeit ein Absinken der Zahl der Ostzonenstudenten. Im Sommersemester 1952 betrug ihr Anteil noch 40,3 Prozent; er ist bis zum 10. Semester auf 35,9 Prozent gesunken.

Zum Teil ist das daraus zu erklären, daß seit 1952 die Abiturprüfung in der sowjetischen Besatzungszone an den west-

deutschen und Berliner Hochschulen nachgeholt werden muß.

Wie an allen anderen Universitäten im Bundesgebiet hat sich

## Kunstschätze kehrten heim

### Ausstellung in Dahlem — 150 Bilder und Plastiken

Zum erstenmal ist in der „Erscheinungen Flucht“, in dem jahrelangen Austausch von Kunstwerken aus dem Westen nach Berlin und zurück, ein ruhender Pol gefunden! Endgültig und auf Dauer bleiben die Gemälde und Skulpturen aus dem vor 14 Jahren verlagerten Besitz des „Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins“ im Dahlemer Museum.

Aus dem Exil in Wiesbaden kehrten 70 Bilder und 80 Plastiken zurück, anerkannt als Eigentum der Stadt. Es befinden sich wahre Perlen darunter, Kunstwerke allerersten Ranges vom Trecento bis zum 19. Jahrhun-

auch die Studentenschaft weitgehend verjüngt. Die Kriegsgeneration hat mittlerweile ihr Examen gemacht und man kann jetzt schon wieder sagen, daß die jungen Studenten zwischen 18. und 22 das Bild in den Hörsälen prägen.

Bisher sind im ganzen 10 705 Studenten im Laufe der zehn Semester an der Freien Universität immatrikuliert worden; 580 haben ihr Studium mit der Erwerbung des Doktorgrades abgeschlossen; 2301 haben ihr Staats- oder Diplomexamen bestanden.

dert. An erster Stelle das berühmte Werk Rembrandts „Der Mann mit dem Goldhelm“, eine der elementaren Landschaften von Rubens, ein Porträt des Meisters von Flemalle, ferner der einzige Schongauer, den Berlin besitzt, Gemälde der großen Niederländer Ruisdael, Terborch, Pieter de Hooch. Von den Italienern zu nennen drei wundervolle Guardis, eine „Kreuztragung Christi“ von Tiepolo, von den Deutschen das reizvolle

## Deutsche bauen türkische Stadt

### Ein 25-Millionen-Projekt — Bis Mai 1954

Ein Fürther Hoch- und Tiefbauunternehmen hat einen wohl bisher einmaligen Auftrag erhalten: Das Unternehmen soll im Auftrag der türkischen Regierung am Ägäischen Meer bei Cesme nördlich von der Insel Samos, eine ganze Badestadt auf bisher unerschlossenem Gelände errichten. Der Auftrag beträgt zunächst einmal 25 Millionen Mark.

Praktisch aus dem Nichts heraus sollen dort, nach den Plänen eines türkischen Architekten, vierhundert Flachdachhäuser errichtet und schlüsselfertig übergeben werden. Außerdem müssen Läden, Hotels, Gasthäuser, Straßen und alles, was zu einer Stadt gehört, angelegt und gebaut werden. Vertragsgemäß

muß die ganze Stadt Ende Mai 1954 stehen. Die Arbeiten haben bereits vor einiger Zeit mit zunächst 600 Arbeitskräften und unter einem gewaltigen Einsatz von Material begonnen.

Allein 300 000 bis 400 000 Kubikmeter Erdmassen, in der Hauptsache Felsgestein, müssen bei der Geländeerschließung bewegt werden. Rund 10 000 Tonnen Zement und 5000 Tonnen Stahl liefert die Bundesrepublik. Die Fürther Firma erhielt den Auftrag, weil sie sich bei einem siebenstöckigen Generaldirektionsgebäude in Ankara einen guten Ruf erworben hatte. Sie erregte erhebliches Aufsehen dadurch, daß es ihr gelang, den Rohbau des Gebäudes in einer unwahrscheinlich kurzen Frist fertigzustellen.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Frauenporträt Dürers aus seiner venezianischen Zeit.

Überschend ist die große Anzahl und Qualität der Kleinplastiken in Holz und Bronze vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.